ihm jedenfalls gelungen, wenn auch — wie ich glaube — bloß durch Erschütterung des bisherigen Dogmas.

Münster i. W.

H. Schreuer.

Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs, herausgegeben von Dr. Alfons Dopsch. Band I. Heft 1. Dr. Heinrich Ritter von Srbik, Die Beziehungen von Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters. Innsbruck, Verlag der Wagnerschen Universitätsbuchhandlung. 1904. XV und 230 SS.

Die in der neuesten Zeit besonders lebhaft Beschäftigung der Historiker mit der Kulturgeschichte und insbesondere die auch von Staats wegen geförderte Pflege der Territorialrechtsgeschichte haben in Österreich zur Gründung eines Unternehmens geführt, das von dieser Stelle aus mit aufrichtiger Freude zu begrüßen ist. Die „Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs“ stellen sich die Aufgabe, größere Abhandlungen vornehmlich zur Geschichte der Verfassung und Verwaltung, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Österreichs (unter Ausschluß der rein politischen Geschichte) zu veröffentlichen. Es soll sich nach allem um Untersuchungen handeln, die der Rechtshistoriker der besonderen (auch sogenannten inneren) oder aber der allgemeinen (auch sogenannten äußeren) Rechtsgeschichte zuweist. Die Persönlichkeit des Herausgebers bürgt dafür, daß von dem neuen Unternehmen gediegener Gewinn für die Wissenschaft zu erwarten ist. Die erste Nummer der Sammlung rechtfertigt diese Erwartungen. Srbik untersucht die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Österreich während des Mittelalters. Nicht alle Beziehungen sollen erschöpft werden. Verf. greift vielmehr eine Reihe von solchen heraus, die ausreicht um sein eigentliches Hauptthema zu illustrieren. Es soll das frühzeitige, mittelalterliche, vorreformatorische Vordringen der Staatsgewalt gegenüber der besonders seit den cluniacensischen Tagen alles Leben durchdringenden, nur für sich selbst berechneten, Geistliches und Weltliches absorbierenden Kirche dargetan werden. Diese Entwicklung fällt nach dem Gesamtzuschnitt der deutschen Reichsgeschichte nicht mehr dem — eigentlich unterlegenen — Reiche, sondern dem aufstrebenden Territorialstaat zu. Für Österreich speziell will Srbik dartun, daß der Übergang vom Universalkirchentum zum territorialen Staatskirchentum nicht erst in die Zeit der Reformation fällt. S. führt aus, daß nicht erst Ferdinand I., der Begründer des „Josephinismus“, in Österreich das landesherrliche Kirchenregiment geschaffen habe. Er weist in gediegenen Einzelausführungen nach, wie teilweise schon seit der Babenbergerzeit die Landesherren sich als solche auch zu Herren der Kirchen, ja der Kirche ihres Territoriums ausbildeten. Die Entwicklung der Kirchenhoheit ist nur ein Kapitel aus der Entwicklung der Landeshoheit.

Hierüber ist ja schon manches bekannt gewesen. Es ist aber Srbiks besonderes Verdienst, diese Entwicklung ex professo, mit guter historischer Schulung und eindringender Durcharbeitung unter gelegentlicher Rücksicht auf andere Territorien für die ganze Zeit bis Maximilian I. zusammengefaßt zu haben.¹⁾

Mit Hilfe eines reichen, sorgfältig interpretierten Quellenmaterials arbeitet S. eine Art allgemeine Entwicklungslinie heraus. Bis auf Friedrich III. (allenfalls Albrecht V.) drängen die Landesherren (teilweise auch die Städte) gegen die offizielle Kirchengewalt, je nach der Individualität der Fürsten allenfalls recht heftig — so namentlich Przemysl Ottokar und Rudolf IV. Der leitende Gesichtspunkt ist das dem neu aufkommenden Staatswesen natürliche Streben nach Macht, vielfach aber auch aufrichtige Fürsorge für das innerkirchliche Leben. Friedrich III. erreicht eine Art siegreichen Abschluß dieser Strömung dadurch, daß er, ohne sich gerade dem Papsttum auszuliefern aber doch für den Preis fast völligen Gewährenlassens, von diesem die kirchenrechtliche Sanktion eines vollständigen und strammen Regiments über die Kirche seines Territoriums als Landesherr erlangt. In dieser Verfassung treten die österreichischen Erbländer in die große Epoche der Reformation ein, welche für sie in juristischer Beziehung das Problem der Auseinandersetzung einmal zwischen Landesfürst und Papst, dann dahinter zwischen Gesamtvolk, insbesondere Landständen, und römischer Kirche bedeutet.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Ausführungen Srbiks im einzelnen einzugehen. Einen summarischen Überblick möchte ich aber doch bieten, um das Interesse für die fleißige Arbeit, die durch ihre Form etwas benachteiligt ist, zu wecken.

Verf. schildert zunächst²⁾ die (nicht immer landesfürstlichen) Bestrebungen nach Errichtung von Landesbistümern, endlich realisiert unter Friedrich III., und den immer steigenden Einfluß des Landesfürsten auf die Besetzung von Bistümern und sonstigen Kirchenämtern.³⁾ Ferner die Wahrung und Ausbildung der weltlichen Gewalt, der gräflichen Gerichtsbarkeit und Militärhoheit der Herzöge im Territorium, unter Behinderung eines analogen Aufschwungs der geistlichen Immunitätsherren, die schließlich als landesfürstliche Beamte (Räte, Kanzler, Kapläne, Landesverweser) und als Landstände geradezu in den Betrieb des landesfürstlich-landständischen Staates einbezogen werden und

¹⁾ Vgl. jetzt auch noch, H. Krabbo, Die Versuche der Babenberger zur Gründung einer Landeskirche in Österreich, im Archiv für österreichische Geschichte Bd. 93 (1904) S. 1 ff. — ²⁾ Die Zusammenfassung des im I. Teil (S. 21—75) Gebotenen als Streben nach Landesbistümern ist nicht glücklich. Andererseits gehören dahin sachlich manche Partien des II. Teils. — ³⁾ Über diese S. 199 ff. Ein besonders krasses Beispiel bietet das Vorgehen gegen das Prämonstratenserstift Schlägl 1408 (S. 207). Der vom Konvent gewählte, von der Kurie bestätigte Abt wird, zunächst auf Probe, unter Aufsicht der Staatsgewalt über dessen Führung in temporalibus und spiritualibus mit Treusid gegen den Landesfürsten eingesetzt.

meistens (speziell in den Städten) sogar ihre Immunitätsgerichtsbarkeit verlieren.¹⁾ Ein zweiter Abschnitt (S. 75—224) erörtert die Ausbildung der „obersten“, landesherrlichen Vogtei, auf der sich dann zum großen Teil das Staatskirchentum, insbesondere die Einschränkung der Kirche im Gerichts- und Steuerwesen, die staatliche Oberhoheit in weltlichen Angelegenheiten, ja selbst eine durchgreifende Ingerenz in kirchlichen Angelegenheiten aufbaut. Der Abschnitt bringt eingehende Auseinandersetzungen über die Grenzverschiebung zwischen staatlicher und kirchlicher Gerichtsbarkeit, vielfach von den kirchlichen Anstalten selbst im Interesse der Sache angestrebt und in eine Ausnützung der kirchlichen Strafgewalt zugunsten der weltlichen Macht²⁾ einerseits, andererseits unter Friedrich III. in einen *recursus ab abusu* kirchlicher Strafmittel, insbesondere der Exkommunikation, auslaufend. Sehr verdienstvoll ist auch die vielleicht etwas gewaltsam umkonstruierende Darstellung der Besteuerungsgeschichte³⁾, die gleichfalls unter Friedrich III. mit der päpstlichen Sanktion der Kirchenbesteuerung durch den Staat, ja mit einem landesfürstlichen Konsens- und Vetorecht gegenüber innerkirchlichen Steuern der Bischöfe (unter Zulassung der päpstlichen Exaktionen im Lande) endet. Im Anschlusse hieran werden die Beschränkungen des Erwerbes der kirchlichen Anstalten und die Praxis des landesfürstlichen Spolienrechts (S. 167—196) durchgegangen. Endlich schildert Srbik das landesfürstliche Kirchenregiment selbst, aufgebaut auf der Überzeugung von der Pflicht, „schützend der Zerrüttung der Kirchengewalt, die selbst zur Aufrechterhaltung voller Ordnung in ihrer eigensten Domäne sich unfähig zeigte, entgegenzutreten“. In Betracht gezogen werden insbesondere die landesfürstlichen Visitationen, beginnend unter Ottokar, fortgesetzt von den Habsburgern als „Vögtin und Hauptinteressenten“, endlich Friedrich dem III. vom Papste selbst zugestanden; ferner die Teilnahme an den Konzilien, gesteigert von interessvoller Beteiligung des Fürsten bis zur Ausbildung eines Konzessionsrechtes; die Reglementierung der Klöster (S. 218 ff.) namentlich durch Konzessionssystem und Bekämpfung des Inkorporationswesens; endlich die staatliche Aufsicht über die gesamte Verwaltung des kirchlichen *ordo* unter Albrecht II., besonders aber unter Albrecht V., Rudolf IV. und Friedrich III., erstreckt selbst auf Festsetzung der Anzahl von Mönchen und Nonnen im Kloster, Regelung des klösterlichen Lebens, Sorge für ausreichenden Gottesdienst, Messenstiftungstutel, Vornahme von Kollekten, selbst auf das Glockengeläute u. a.

Zur vollständigen rechtsgeschichtlichen Bewältigung fehlt manchmal etwas juristische Arbeit.⁴⁾ Der Rechtshistoriker muß sich erst

¹⁾ S. 179 ff. — ²⁾ Vgl. S. 130. Papst Nikolaus V. bedroht 1452 aufständische Untertanen Friedrichs III. mit dem Bann und gestattet diesem, Opposition treibende Kleriker an Freiheit und Gütern zu strafen. — ³⁾ Eingeschaltet werden S. 150—152 kurze aber besonders beachtenswerte Bemerkungen über älteste Steuerkataster in Österreich, die Verf. aus einer Zeit vor den landständischen Katastern des ausgehenden XV. Jahrhunderts aufweist und die er, wie ich glaube mit Recht, auf herzogliche Verzeich-

aus den häufig lose aneinander gereihten Bildern das juristische Resultat herausziehen. So wäre wohl auch hier wieder, und ganz besonders hier, anlässlich des Programms der neuen „Forschungen“ die allgemeine Frage aufzuwerfen, ob es sich nicht empfehlen würde, die jungen Historiker, die sich mit rechtsgeschichtlichen oder wenigstens rechtsantiquarischen Fragen befassen wollen, etwas bei den zünftigen Juristen, Rechtshistorikern in die Schule gehen zu lassen, ein Verfahren, dessen Gegenstück: historische Schulung der Rechtshistoriker bereits reichliche Früchte getragen hat und bis zu einem gewissen Grade zu den Selbstverständlichkeiten gehört. Speziell in Wien, wo die Rechtshistoriker ohnehin dem Institut für österreichische Geschichtsforschung sehr nahe stehen, ließe sich eine derartige gegenseitige Befruchtung der Disziplinen wohl leicht durchführen. Da die spezifische Geschichtswissenschaft sich nun immer mehr auch wirtschafts- und rechtsgeschichtlichen Problemen zuwendet, so wird sie für die Dauer der spezifischen Wirtschafts- und Rechtswissenschaft als Hilfswissenschaften nicht entbehren können. Wer zuerst diesen notwendigen Schritt macht gewinnt einen Vorsprung!

Münster i. W.

H. Schreuer.

Astaf von Transehe-Roseneck, Zur Geschichte des Lehnswesens in Livland. I. Das Mannlehen (Sonderabdruck aus den Mitt. der Ges. für Gesch. und Altertumskde. der Ostseeprovinzen Rußlands XVIII, 1). Riga, W. F. Häcker, 1903. 309 S.

Der vorliegende Versuch T.s., eine systematische Darstellung des Mannlehens zu geben, kann auf ein allgemeineres Interesse rechnen, da — wie schon Homeyer gelegentlich bemerkte — das ältere livländische Lehnrecht des 13. und 14. Jahrhunderts in wesentlichen Punkten von dem sächsischen abweicht. Und da auch die allmähliche Umformung des älteren Rechtes bis zum Aufhören der politischen Selbständigkeit Livlands (1561) verfolgt wird, erhalten wir zugleich einen Einblick in die Entwicklung der livländischen Ritterschaft und des Grundbesitzes, der erst nach Überwindung des älteren Rechts zu freierer Entfaltung kommen konnte. Hierbei ergaben sich eine Reihe interessanter, verfassungs- und wirtschaftsgeschichtlicher Einzeluntersuchungen: so über die Entwicklung des ‚sitzenden Rates‘ in den einzelnen Territorien des Landes; über das Verhältnis Livlands zum Reich u. a. m. Freilich war es dem Verfasser bei dem Mangel an zureichenden Quellen nicht möglich, in allen Punkten ein abschließendes Urteil zu fällen.

nisse des XIV., vielleicht schon des XIII. Jahrhunderts zurückführt. —

*) Auch der Stil ist mitunter etwas ungelentk.